

# AiR Aktiv im **Ruhestand**

6

Magazin für Seniorinnen und Senioren im dbb  
Juni 2025 – 76. Jahrgang

Nachbarschaftsheime,  
Bibliotheken

## Treffpunkte in der Gemeinde

Seite 12 <

Mobilität im Alter  
erhalten

Seite 6 <

Mehrbelastungen  
befürchtet:  
Debatte zur Bürger-  
versicherung

mit  
dbb Seiten

# Wo wir uns treffen ...

... und wie wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken können, ist im Zeitalter der Digitalisierung zu einer fundamentalen Frage geworden. Viele arbeiten nicht nur im Homeoffice, sie gehen auch zum Einkaufen nicht mehr aus dem Haus, sondern bestellen online. Um sich heimisch zu fühlen, brauchen Menschen jedoch auch Orte, an denen sie einander ohne besondere Verpflichtungen begegnen. Welche Rolle in dieser Entwicklung Bibliotheken spielen, erfahren Sie in der jüngsten Ausgabe von „Aktiv im Ruhestand“.

Gleich mehrere Beiträge beschäftigen sich mit dem Thema Mobilität, mit der Überprüfung der eigenen Fahrtauglichkeit und dem BVG-Muva, einem Rufbussystem für die Ränder der Großstadt. Lesen Sie außerdem im neuen AiR über die ersten beamten- und pflegepolitischen Vorschläge der neuen Bundesregierung, die neue Bundesseniorenministerin und vieles andere mehr. **ada**

## Impressum:

**AiR – Aktiv im Ruhestand. Magazin des dbb für Ruhestandsbeamte, Rentner und Hinterbliebene. Herausgeber:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** airmagazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Anke Adamik (ada). **Redaktion:** Carl-Walter Bauer (cwb), Jan Brenner (br), Thilo Hommel (tho), Dr. Walter Schmitz (sm). **Redaktionsschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. „AiR – Aktiv im Ruhestand“ erscheint zehnmal im Jahr. **Titelbild:** Model Foto: Colourbox.de. **Einsendungen zur Veröffentlichung:** Manuskripte und Leserschriften müssen an die Redaktion geschickt werden mit dem Hinweis auf Veröffentlichung, andernfalls können die Beiträge nicht veröffentlicht werden.

**Bezugsbedingungen:** Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 59,80 Euro zzgl. 9,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 6,30 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Für Mitglieder der BRH-Landesorganisationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Adressänderungen und Kündigungen bitte in Textform an den DBB Verlag. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.

**Layout:** FDS, Geldern. **Gestaltung:** Daniel Terlinden. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Anzeigenverkauf:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen. **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigen disposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 66 (dbb magazin) und Aktiv im Ruhestand Preisliste 54, gültig ab 1.1.2025.

**Druckauflage:** dbb magazin 550799 Exemplare (IVW 1/2025). **Druckauflage AiR – Aktiv im Ruhestand** 15000 Exemplare (IVW 1/2025). **Anzeigenabschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. ISSN 1438-4841



## > Schwerpunkt: Treffpunkte in der Gemeinde



6



10



12



16



20



28



46

### Aktuell

- > BMBFSFJ: „Kein Platz für Kulturkämpfe“ 4
- > Ende des Zweiten Weltkrieges: Europa soll Kontinent des Friedens sein 5
- > Lebenslanges Lernen: Gelungene Bildungsangebote 5
- > Beamtenversorgung: Nein zur Bürgerversicherung 6
- > Fahrtüchtigkeit: „Machen Sie Rückmeldefahrten!“ 8
- > Demenzerkrankungen: Das Erkrankungsrisiko senken 9

### Kompakt

- > Debatte zur Bürgerversicherung: Erhebliche Mehrbelastungen 7

### Aus den Ländern

- > dbb brandenburg: „Zuversicht für alles Kommende“ 9

### Standpunkt

- > Regierungskoalition: Seniorenpolitik aus einem Guss 10

### Modernes Leben

- > Unfallstatistiken: Fit genug fürs Steuer? 12

### Vorgestellt

- > Mobilität: Bei Anruf Transport 14

### Titelthema

- > Dritte Orte: Die Dorfblinde 15
- > Gemeindebibliotheken: Der Treffpunkt der Kommune 16

### Brennpunkt

- > Krebserkrankungen: Erst der Schock, dann die Hoffnung 18

### Blickpunkt

- > Schlafkomfort im Alter: Wie man sich bettet, so liegt man 20

### Nach-Lese

22

### Buchtipps

23

### Gewinnspiel

24

### dbb

- > Der dbb trauert um Waldemar Dombrowski 25
- > Ulrich Silberbach tritt als dbb Bundesvorsitzender zurück 25
- > Dossier Infrastruktur – Verkehr: Strategien gegen den Sanierungsstau 28
- > Dossier Infrastruktur – Bundesrechnungshof und BMDV: Streitfall Brückensanierung 32
- > Online – Digitale Bildung: Was packt der Digitalpakt? 34
- > Dossier Infrastruktur – Sondervermögen: Schulden mit Chancen und Risiken 36
- > Frauen – 19. Frauenpolitische Fachtagung: Frauenrechte stärken und Demokratie bewahren 38
- > Beamte – Verfassungsschutz: Was die AfD-Einstufung für Beamte bedeutet 44
- > Interview – Christian Bernreiter, Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz 46

3

Inhalt

BMBFSFJ

# „Kein Platz für Kulturkämpfe“

Karin Prien ist neue Bundesseniorenministerin und will sich für Bildungsgerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen.

Bundespräsident Steinmeier hat am 6. Mai 2025 Karin Prien zur neuen Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend ernannt. Sie folgt auf Lisa Paus (Bundesfamilienministerin) und Cem Özdemir (Bundesbildungsminister) an der Spitze des nun neu zugeschnittenen Ministeriums.

„Mit dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend schaffen wir aus der Mitte der Gesellschaft heraus ein neues Ministerium für alle Menschen in unserem Land. Dieses Ressort hat einen mit Bedacht gewählten neuen Zuschnitt: Es wird den Chancen und Herausforderungen im Bildungssys-

tem und in der Demokratiebildung ebenso gerecht wie der Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Generationengerechtigkeit“, sagte die Ministerin aus Anlass ihres Amtsantritts. „Für mich ist klar: Hier ist kein Platz für Kulturkämpfe! Wir arbeiten gemeinsam zum Wohle aller.“

Mit ihr startet ein Team, das sich für Bildungsgerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzt: Neue parlamentarische Staatssekretärin ist Mareike Wulf, neuer parlamentarischer Staatssekretär ist Michael Brand.

Prien wurde 1965 in Amsterdam geboren und

wuchs teils in den Niederlanden, teils in Deutschland auf. Ihre Großeltern mütterlicherseits waren Anfang der 1930er-Jahre vor dem in Deutschland aufkommenden Nationalsozialismus in die Niederlande geflohen. Nach dem Abitur 1984 studierte sie in Bonn Rechts- und Politikwissenschaften und war ab 2008 neben ihren politischen Funktionen auch als Fachanwältin für Handels- und Gesellschaftsrecht tätig. Von Juni 2017 bis zu ihrem Amtsantritt in Berlin war die CDU-Politikerin Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein.

Karin Prien ist mit dem Rechtsanwalt Jochen Prien verheiratet und hat drei

Kinder. Sie sieht sich selbst als jüdisch, jedoch nicht als religiös an.

Am 18. Mai machte Prien einen ersten Aufschlag und regte in einem Interview die Einführung einer vom dbb seit Langem geforderten Entgeltersatzleistung für Pflegende an. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach sagte zum Vorschlag der Ministerin: „Wir hätten uns zugegebenermaßen gewünscht, dass der Koalitionsvertrag das Thema Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige prominenter behandelt. Umso erfreulicher ist es, dass nun trotzdem etwas passiert.“ Gedankenspielen, das derzeitige Pflegegeld abzuschaffen oder in einer entsprechenden Entgeltersatzleistung aufgehen zu lassen, erteilte er jedoch eine klare Absage. ■



> Die neue Hausleitung: Staatssekretärin Mareike Wulf, Bundesfamilienministerin Karin Prien und der parlamentarische Staatssekretär Michael Brand (von links).

Ende des Zweiten Weltkrieges

# Europa soll Kontinent des Friedens sein

Der europäische Dachverband der Seniorenorganisationen, AGE Platform Europe, hat eine Erklärung zum Ende des Zweiten Weltkrieges veröffentlicht.

Anlässlich des 80. Jahrestages ruft der Dachverband dazu auf, für Frieden, Demokratie und Freiheit in Europa einzustehen. Er warnt vor der Bedrohung durch illiberale Kräfte, durch die Folgen des Klimawandels und durch Kriege in der Welt. Im AGE Platform Europe sind 107

Organisationen aus 30 Ländern zusammengeschlossen. Auch die BAGSO ist Mitglied und unterstützt die Erklärung ausdrücklich.

In der Erklärung erinnert AGE Platform Europe daran, dass viele ältere Menschen in Europa den Zwei-

ten Weltkrieg oder seine unmittelbaren Folgen persönlich erlebt haben. Sie haben nicht nur Krieg, Gewalt und Unterdrückung miterlebt, sondern mit ihrer Arbeit zum Wiederaufbau Europas beigetragen. AGE Platform ruft dazu auf, das Bewusstsein für die Werte der Europäi-

schen Union zu stärken und sich angesichts aktueller Herausforderungen klar zu Frieden, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zu bekennen.

Die dbb bundesseniorenvertretung, die Mitglied der BAGSO ist, teilt die Sorge über die Gefährdung demokratischer Grundwerte und solidarisiert sich mit den Menschen, die heute unter Krieg und Gewalt leiden. Wie AGE Platform Europe und BAGSO ruft sie dazu auf, die Erinnerung wachzuhalten, die Demokratie zu verteidigen und Europa als einen Ort des Friedens für alle Generationen zu gestalten. ■

Lebenslanges Lernen

# Gelungene Bildungsangebote

Die BAGSO hat ein Themenheft zur Vielfalt des Lernens im Alter veröffentlicht.

Der Wunsch, Neues zu erfahren und sich weiterzubilden, hängt nicht vom Lebensalter ab. Doch ist es für Ältere nicht immer leicht, passende Angebote zu finden. Im Themenheft „Bildungsangebote für Ältere. Gute Beispiele aus der Praxis“ stellt die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen 30 erfolgreiche Beispiele aus ganz Deutschland vor. Das Heft macht Lust auf Bildung und zeigt, wie Lernen bis ins hohe Alter Aktivität, Offenheit und Selbstständigkeit fördert.

„Bildung ist ein Menschenrecht“, erinnert die BAGSO-



Vorsitzende Regina Görner. Lernen erleichtere die gesellschaftliche Teilhabe und erschließe Potenziale. „Das gilt insbesondere dann, wenn sich unsere Umwelt verändert und

neue Herausforderungen, aber auch neue Chancen entstehen“, so Görner.

Das Themenheft stellt Projekte vor aus den Bereichen Politik und Gesell-

schaft, Kunst und Kultur, Begegnung und Austausch, Gesundheit und Prävention sowie Digitalisierung und Technik. Die Praxisbeispiele geben Anregungen für die zielgruppengerechte Gestaltung der Bildungsangebote.

Nach Ansicht der BAGSO ist Bildung im Alter eine gesellschaftliche Aufgabe, die auf allen staatlichen Ebenen vorangetrieben werden muss, um die Chancen einer Gesellschaft des langen Lebens zu nutzen und ein gutes Leben im Alter zu unterstützen.

Das Themenheft gib es als PDF unter: [t1p.de/Bildungsangebot\\_fuer\\_Aeltere](http://t1p.de/Bildungsangebot_fuer_Aeltere). ■

## Beamtenversorgung

# Nein zur Bürgerversicherung

dbb Seniorenchef Horst Günther Klitzing erteilt der Idee der Einbeziehung von Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung erneut eine Absage.

Im Gespräch mit dem Direktor des Verbandes der Privaten Krankenversicherung (PKV), Dr. Florian Reuther, sagte der Vorsitzende der dbb bundes-seniorenvertretung, Dr. Horst Günther Klitzing: „Die dbb bundesseniorenvertretung ist ein verlässlicher Partner beim Kampf gegen die sogenannte Bürgerversicherung.“ „Das System aus Beihilfe und privater Krankenversicherung hat sich bewährt. Ein gesunder Wettbewerb zwischen den privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen führt zu positiven Auswirkungen in den Bereichen Innovation, Qualität und Effizienz“, ergänzte Reuther.

Undurchdachte politische Schnellschüsse, wie beispielsweise die von Bundesarbeitsministerin Bas vorgeschlagene Einbeziehung der Beamten und Beamtinnen in die gesetzliche Rentenversicherung, sind auch für die Kranken- und Pflegeversicherung nicht auszuschließen. Die



Argumente für den Erhalt des bewährten dualen Gesundheitssystems lägen auf der Hand. Es müsse jedoch regelmäßig Aufklärungsarbeit geleistet werden. Die Gesprächspartner planen auch weiterhin, etwaige Vorstöße gemeinsam abzuwehren.

Im Gespräch ging es aber auch um die zuletzt stark gestiegene finanzielle Belastung der Privatversicherten und Beihilfeberechtigten, die etwa dann

entsteht, wenn diese für Krankenhausaufenthalte in Vorleistung gehen müssen. Der Plan, die „Zentrale Stelle zur Abrechnung von Arzneimittelrabatten“ (ZESAR) auch für die Direktabrechnung von Krankenhausrechnungen mit der PKV zu nutzen und so eine Schnittstelle zu den Beihilfestellen zu implementieren, ist nach Auskunft des PKV-Verbandsdirektors ein langwieriger Prozess. „Leider gibt es hier nur minimale Fortschritte. Lediglich

Bayern signalisiert konkretes Interesse an der Einführung des Tools, das die Beihilfempfänger von der Vorleistungspflicht, sollte die Beihilfestelle nicht rechtzeitig gezahlt haben, entbindet“, bedauert Reuther.

Die starken Prämien erhöhungen der vergangenen Jahre in der PKV in Höhe von 15 bis 18 Prozent belasten die Privatversicherten zusätzlich und haben Seniorenchef Klitzing zufolge zu Unmut geführt. „Gerade in den unteren Besoldungsgruppen führt das zu massiven Einschnitten, auch vor dem Hintergrund, dass sämtliche Lebenshaltungskosten gestiegen sind“, so Klitzing. Reuther warb hingegen um Verständnis: „Beitragserhöhungen sind für die Versicherten nicht schön, aber sie waren leider notwendig. Gestiegene Lohn-, Arzneimittel- und stationäre Aufenthaltskosten, die Ausweitung des Leistungskataloges sowie der demografische Wandel machten Beitragserhöhungen notwendig, so wie auch in der gesetzlichen Krankenversicherung.“ ■

## Debatte zur Bürgerversicherung

## Erhebliche Mehrbelastungen

Die neuerlichen Forderungen nach Einbeziehung von Beamten und Versorgungsempfängern in die gesetzliche Krankenversicherung berücksichtigen nicht die Konsequenzen der Umstellung.

Das gesamte Gesundheitswesen in Deutschland hat mit großen Herausforderungen zu kämpfen. Unge-

bremste Kostensteigerungen, aber auch der Zugang zu Facharztterminen führen immer wieder zu Forderungen nach Einbeziehung der Beamten und Versorgungsempfänger in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV).

Anders als in der Alterssicherung gibt es in Deutschland einen flächendeckenden Versicherungsschutz gegen das Risiko Krankheit. Seit 2009 besteht die Pflicht zum Abschluss einer Krankenversicherung. Diese wird durch die gesetzliche oder die private Krankenversiche-

nen Mittel müssen zielgerichtet eingesetzt werden.

#### ► **Höhere Kosten für alle Seiten**

Beamte und Versorgungsempfänger wären durch eine Überführung in die GKV nicht nur Beitragszahler, sondern auch Leistungsempfänger. Leistungsempfänger mit einer im Schnitt höheren Lebenserwartung. Auch die Quote der dann mitzuversichernden Ehegatten und Kinder würde erhebliche Mehrbelastungen mit sich bringen. Außerdem liegt das durch-

geberanteil entrichten müssten.

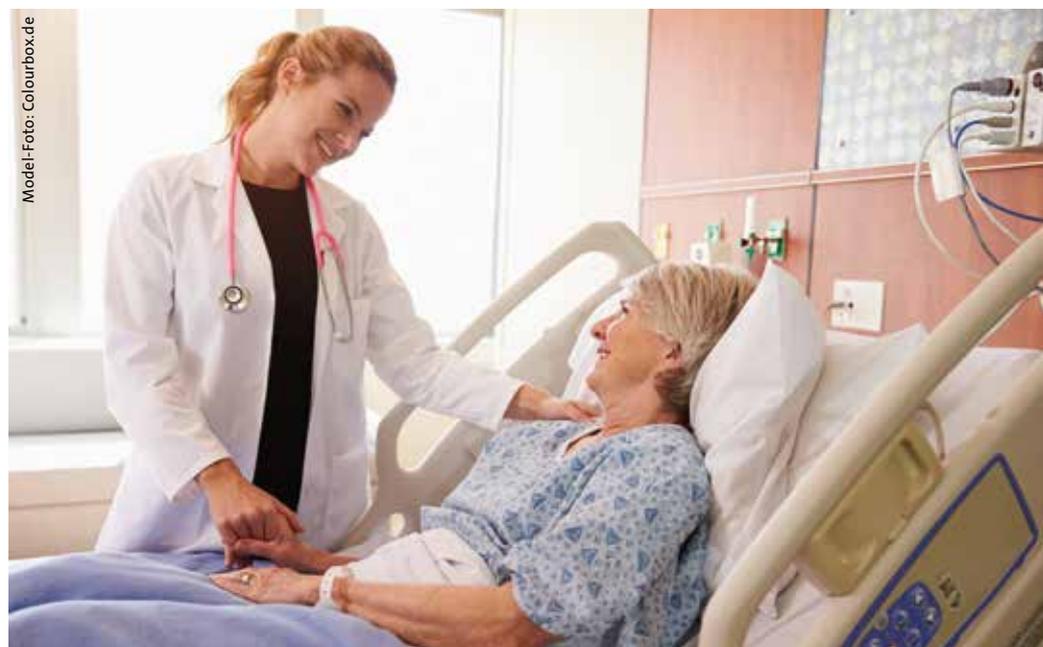
Durch den Anstieg der Zahl der Versicherten würde einer Einheitsversicherung insgesamt nicht nur eine höhere Beitragssumme zufließen, auch die Leistungsausgaben würden entsprechend steigen. Der demografische Wandel würde mittelfristig umso stärkere Beitragssteigerungen zur Folge haben, da mit dem PKV-Konzept kapitalgedeckter Altersrückstellungen gerade der generationengerecht ausgestaltete Teil der Gesundheitssicherung aufgegeben würde.

Vergleich dennoch eher gering aus. Der Blick ins Ausland zeigt, dass Einheitssysteme eben nicht zu einer kostengünstigeren Versorgung führen und auch der Zugang zu Fachärzten nicht besser ausgestaltet ist.

Bei einer Umstellung müssten zusätzlich die Sondersicherungssysteme wie die Heilfürsorge oder die truppenärztliche Versorgung mitgedacht werden. Je nach Ausgestaltung bestehen verfassungsmäßige Bedenken bezüglich des Bestandsschutzes, der Altersrückstellungen oder zur Sicherung der Fürsorgepflicht.

#### ► **Konkurrenzfähigkeit erhalten**

Das transparente und leistungsfähige System von Beihilfe kombiniert mit Restkostenversicherung gehört zum Kern des Berufsbeamtentums und ist zentral für die Attraktivität dieses Berufes. Gerade weil die Besoldung im öffentlichen Dienst in der Regel nicht mit der Privatwirtschaft mithalten kann, sichern Beihilfe und Heilfürsorge die Konkurrenzfähigkeit im Kampf um qualifizierten Nachwuchs.



run (PKV) umgesetzt. Ob Facharzt, neueste medizintechnische Verfahren oder sofortige, lückenlose Notfallversorgung auch in der Fläche: In Deutschland haben alle – unabhängig von ihren ökonomischen Mitteln – einen gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem.

Um diese hochwertige Versorgung auf Dauer gewährleisten zu können, darf dem System kein Geld entzogen und die vorhande-

schnittliche Ruhestandseintrittsalter unter dem vergleichbaren Renteneintrittsalter in der GKV, da für bestimmte Gruppen von Beamten – etwa für Polizisten – besondere Altersgrenzen gelten. Zudem würden bei einer Einbeziehung von Beamten wegen der unterschiedlichen Honorierungssysteme dem gesamten Gesundheitswesen dringend benötigte Mittel entzogen. Und für die Dienstherren würde es teurer, weil sie entsprechend den Arbeit-

#### ► **Keine bessere Behandlung für alle**

Die häufig kritisierten Privilegien, etwa kürzere Wartezeiten bei Fachärzten, resultieren nicht selten aus Budgetierungsregelungen der GKV. Mit den Terminservicestellen hat der Gesetzgeber bereits erste Schritte unternommen, das Problem langer Wartezeiten auf Facharzttermine für GKV-Patienten anzugehen. Die Wartezeiten in Deutschland fallen im internationalen

Der dbb setzt sich deshalb für den Erhalt des dualen Krankenversicherungssystems ein, das eine qualitativ hochwertige Absicherung gewährleistet. Die unterschiedlichen Systeme beeinflussen sich positiv und müssen jeweils intern verbessert werden. Die Umstellung auf ein Einheitssystem würde keine finanzielle Entlastung bringen, dem System dringend benötigtes Geld entziehen und verschöbe Probleme in die Zukunft. **tho**



Model Foto: Erwin Wodicka/Colourbox.de

## 8 Fahrtüchtigkeit

# „Machen Sie Rückmeldefahrten!“

Die Zahl der Älteren, die an schweren Verkehrsunfällen beteiligt sind, steigt drastisch. Die dbb Bundessenioren fordern einen verantwortungsvollen Blick auf das eigene Fahrvermögen.

„Die Zahl der bei Verkehrsunfällen Verletzten und Getöteten ist in den letzten zehn Jahren zurückgegangen; doch dieser Trend gilt nicht für Ältere. Uns als Seniorenorganisation bereitet das Sorge“, sagte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung.

Ende April hatte die Unfallforschung der Versicherer (UDV), Teil des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft, dramatische Zahlen zum Unfallgeschehen mit Älteren am Steuer veröffentlicht. Im Jahr 2023 waren rund ein Viertel mehr Seni-

oren an schweren Unfällen beteiligt als vor zehn Jahren (plus 26 Prozent zwischen 2013 und 2023). Über 75-Jährige verursachten 77 Prozent dieser Unfälle.

Die Altersgruppe der Fahrerinnen und Fahrer über 65 ist nun in rund jeden 15. schweren Unfall verwickelt, Tendenz weiter steigend. Damit ist sie, gemessen an ihrem Anteil in der Bevölkerung, zwar immer noch unterrepräsentiert – allerdings fährt der oder die Einzelne auch nicht so viele Kilometer pro Jahr. Lege man die Strecke zugrunde, so er-

mittelte der UVD, liege das Unfallrisiko für Senioren etwa so hoch wie bei Fahranfängern – und in besonders hohem Alter sogar darüber.

„Ältere Menschen sind zunehmend mobiler und das ist auch gut so. Die Fähigkeiten, wie etwa Seh- und Reaktionsvermögen, nehmen im Alter jedoch schleichend ab. Unser Aufruf an alle Seniorinnen und Senioren lautet deshalb: Machen Sie, insbesondere wenn Sie schon über 75 sind, regelmäßig freiwillige Rückmeldefahrten mit einem Profi, der Ihnen sagt, worauf Sie beim Fahren

besonders achten sollten“, fordert dbb Senioren Chef Klitzing. Die Ergebnisse der Fahrten werden vertraulich behandelt und haben keine Folgen für den Führerschein.

Auch vor dem Hintergrund neuer EU-Vorgaben gewinnt das Thema an Relevanz. In den kommenden vier Jahren muss Deutschland eine Maßnahme einführen, die bei der alle 15 Jahre fälligen Führerscheinverlängerung greift. Zur Auswahl stehen Selbstauskünfte, Gesundheitschecks oder alternative Maßnahmen. Die UDV sieht Rückmeldefahrten hier als die sinnvollste Lösung für Autofahrer und Autofahrerinnen ab 75 Jahren. (Mehr zum Thema ab Seite 18) ■

## Demenzkrankungen

# Das Erkrankungsrisiko senken

In Deutschland gibt es ein neues Angebot, um über Demenzprävention aufzuklären. Gesucht werden nun Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die entsprechende Informationsveranstaltungen durchführen.

Aktuell leben in Deutschland rund 1,8 Millionen Menschen mit Demenz. Ihre Zahl wird steigen. Umso wichtiger ist Prävention. In wissenschaftlichen Studien konnte gezeigt werden, dass jeder Einzelne bis zu 45 Prozent des Risikos, eine Demenz zu entwickeln, beeinflussen kann. Doch das Wissen über Präventionsmöglichkeiten ist bisher nur wenig verbreitet. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIÖG) in

Zusammenarbeit mit der Deutschen Alzheimer Gesellschaft (DAzG) ein Angebot entwickelt, um Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bei der Aufklärung über Risikofaktoren von Demenz und deren Vermeidung zu unterstützen.

Unter dem Titel „Geistig fit bleiben – mit zehn Maßnahmen Demenz vorbeugen“ soll eine Informationsveranstaltung darüber informieren, wie das menschliche Gehirn funk-

tioniert, welche Risikofaktoren im Zusammenhang mit Demenz beeinflusst werden können, Ängste in Zusammenhang mit Demenz abbauen und zu einem aktiven und gesunden Lebensstil motivieren.

Die Veranstaltungen sollen sich an Interessierte im mittleren und höheren Alter richten, die wissen möchten, was sie tun können, um ihr Demenzrisiko zu reduzieren. Zu den bereitstehenden Materialien

gehört eine Powerpoint-Präsentation für einen Vortrag und ein begleitendes Manual. Die Materialien stehen kostenlos zur Verfügung und können frei verwendet werden, etwa bei Veranstaltungen in Senioren- oder Gemeindezentren oder an Volkshochschulen.

Wer sich vorstellen kann, solche Vorträge zu halten, sollte bereits über fundiertes Vorwissen zum Thema verfügen, etwa weil er oder sie in Pflegestützpunkten, bei lokalen Allianzen für Demenz, in Gesundheitskiosken, Seniorenzentren oder Apotheken gearbeitet hat oder noch arbeitet.

Bei Interesse schreiben Sie eine E-Mail an: [news@deutsche-alzheimer.de](mailto:news@deutsche-alzheimer.de). ■

## dbb brandenburg

# „Zuversicht für alles Kommende“

Brandenburger dbb Senioren besuchen das Benediktinerinnenkloster St. Gertrud in Alexanderdorf.

Ein Erlebnis der besonderen Art war der Besuch von 45 Senioren und Seniorinnen des dbb brandenburg in der Abtei St. Gertrud, einem Benediktinerinnenkloster, im Landkreis Teltow-Fläming.

Die Neugier der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war groß, etwas vom Leben der Schwestern in der klösterlichen Gemeinschaft, das sich an den Regeln des Heiligen Benedikt ausrichtet, zu erfahren.

Und Schwester Johanna erzählte aufschlussreich und begeistert nicht nur vom Alltag in einem Kloster, den täglichen Arbeiten. Sie berichtete auch von den An-

fängen des Klosters aus einem ursprünglich lockeren Zusammenschluss von Krankenschwestern katholischen Glaubens bis zur Gründung der Abtei in Alexanderdorf, von den Schwierigkeiten, in der DDR als eigenständiges Kloster anerkannt zu werden und fortzubestehen, und über die Voraussetzungen, in den Konvent aufgenommen zu werden.

Umfassend und mit viel Geduld beantwortete die Ordensfrau die zahlreichen Fragen und führte die Gäste anschließend durchs Haus. So ist es möglich, sich in eines der Gästezimmer einzumieten und sich

für mehrere Tage aus dem mitunter stressigen Alltag zurückzuziehen, um Ruhe und Entspannung zu finden. Wer möchte, kann anstatt die Küche zur Selbstversorgung zu nutzen, auch die Kost aus der Klosterküche beziehen.

Die Schwestern bieten verschiedene Seminare und Kurse an und tragen auf diese Weise zum Unterhalt des Klosters bei. So etwa können Interessierte die Ikonenmalerei erlernen, meditieren oder an Fastenkursen teilnehmen. Zum Abschluss und Höhepunkt dieses schönen und besonderen Tages spielte Schwester Johanna für die Besucher auf der Or-



➤ Schwester Johanna

gel. Gemeinsam stimmten alle „Danke für diesen guten Morgen ...“ an. Die Schwester hatte das Lied mit Bedacht gewählt: „Morgen bedeutet neuer Anfang und das kann auch am Nachmittag sein“, sagt sie. „Wir haben über die Geschichte des Klosters und über eigene Lebensgeschichten gesprochen. So bleibt der Dank für das Vergangene und mit Gottes Hilfe die Zuversicht für alles Kommende.“

Ausführliche Informationen über angebotene Aktionen erscheinen in einem Flyer oder im Internet: [kloster-alexanderdorf.de/angebote/](http://kloster-alexanderdorf.de/angebote/). ■

## Dritte Orte

## Die Dorflinde

Weder die eigene Wohnung noch der Arbeitsplatz konstituieren Identität vollständig. Für das Gefühl, heimisch zu sein, braucht es mehr.

© Amanda Djalbjorn/Unsplash



> Mancherorts – wie hier in Italien – braucht es nicht mehr als eine Bank.

Früher gab es den Dorfbrunnen, das Waschhaus, die Bank unter der Dorflinde als Platz für einen kurzen Schwatz nach getaner Arbeit. Wer es hatte, ging auf ein Bier in die Dorfwirtschaft. Heute treffen sich Kinder auf dem Spielplatz und Jugendliche hängen gemeinsam an der Bushaltestelle und vor dem Späti herum. „Cornern“, also an der Ecke herumstehen, nennen sie das. Oder der Bouleplatz am Rande eines französischen Provinzstädtchens, die Uferpromenade, auf der sämtliche Generationen der nordspanischen Hafenstadt fein herausgeputzt am Abend herumspazieren, die italienische Bar, in der Passanten am Tresen stehend einen Espresso zum staatlichen Garantiepreis trinken und einen Schwatz mit dem Barista halten. Was haben all diese Plätze gemeinsam? Sie sind weder unser Zuhause

noch Arbeitsplätze. Sie alle sind „dritte Orte“. Man trifft sich unverbindlich auf einen Plausch in der Nachbarschaft und geht wieder auseinander.

Der „dritte Ort“ ist ein Platz, an dem wir uns entspannen, uns miteinander austauschen und mit anderen in Kontakt kommen können. Hier müssen keine Probleme gelöst oder Anforderungen erfüllt werden. Und so unterschiedlich, wie wir sind, können auch unsere dritten Orte sein: das Schachbrett, um das sich jeden Mittwochnachmittag dieselbe Herrenrunde versammelt. Der Basketballkäfig im Park. Der Friseursalon, den wöchentlich dieselbe Kundenschaft besucht, oder die Bibliothek, in der sich der Buchklub trifft. Das Lieblingslokal, in dem man fast schon zur Einrichtung zählt, oder ein Kaffeehaus,

in dem man bereits mit seiner üblichen Bestellung empfangen wird.

Schon 1989 veröffentlichte der US-amerikanische Stadtsoziologe Ray Oldenburg ein Buch mit dem Titel „The Great Good Place“ in dem er eine Theorie des „dritten Ortes“ entwickelte. Schon in den Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts vermutete der ebenfalls aus den USA stammende Medienwissenschaftler Neil Postman, dass wir uns angesichts unseres immer weiter zunehmenden Fernsehkonsums „zu Tode amüsieren“ würden. Was würde der 2003 verstorbene Kulturkritiker wohl zu den gegenwärtigen Entwicklungen des Internets und der Nutzung sozialer Medien sagen? Dass wir über unsere Handys und Tablets gebeugt das eigene Leben verpassen? So naheliegend das erscheint, so wenig zu-

treffend wäre das Urteil. Denn niemand wird leugnen, dass sich Menschen an milden Frühsommerabenden zu Picknicks in Parks versammeln, zum Tischtennisspielen an der Betonplatte im Hof, bei improvisierten Open-Air-Konzerten am Rande des Wochenmarktes treffen. Auf Spielplätzen und in Nachbarschaftsheimen kommen sowieso alle zusammen.

Unser soziales Netz funktioniert wie ein Immunsystem gegen Langeweile und Einsamkeit. Es stellt sicher, dass wir uns über unsere engsten An- und Zugehörigen hinaus als Teil eines sozialen Großorganismus verstehen. Je breiter unser soziales Netz gespannt ist, je mehr Knotenpunkte es hat, desto besser trägt es uns. Dritte Orte helfen, diese Verknüpfungen herzustellen. Sie sollten „neutraler Boden“ sein – jeder kann, niemand muss sich dort aufhalten. Ihre Verbindlichkeit ist geringer als in Vereinen, Gemeinden oder bei Kursen, die wir regelmäßig besuchen. Idealerweise kostet der Eintritt nichts oder wenig. Unterschiede im gesellschaftlichen Status oder Einkommen spielen dann eine untergeordnete oder gar keine Rolle mehr, sobald wir über die Schwelle treten. Stattdessen geht es ums Gespräch und die spontane Gemeinschaft, die dort entsteht. Für alle offen, einladend, nicht elitär. Ein dritter Ort hat Stammgäste, die ihm Charakter verleihen. Und, wohl am wichtigsten, er fühlt sich an wie ein zweites Zuhause. Er schafft ein Gefühl von Heimat und Zugehörigkeit. **ada**